

Unser Bargeld – eine Gefahr für die Globalisten



Wir wollen Sie weder verunsichern, noch in Panik versetzen, aber: Bei der EU und beim Internationalen Währungsfond ist eine drastische Enteignung von Sparern und Bargeldbesitzern in Planung. Während Sie bereits jetzt bei einigen Banken Minuszinsen auf Ihr Guthaben zahlen, sollen Sie in Zukunft dafür »bestraft« werden, wenn Sie Bargeld zu Hause »horten« bzw. damit bezahlen.

Durch bargeldlose Zahlungen sind Sie »gläsern« für jeden, der Einblick auf ihre Zahlungen hat oder haben wird – und jeder, der das nicht mitmacht, soll dafür »bestraft« werden.

Das offene Wort

»Winterurlauber« müßte man sein!

Während man immer neue Maschen erfindet, uns Deutschen das Geld aus der Tasche zu ziehen (siehe Seite 3!), werden Fremde mit allen Wohltaten überschüttet:

Wie der Kölner *EXPRESS* am 30.1.2019 meldet, gäbe es allein in Köln etwa 2.700 sogenannte »Winterflüchtlinge« aus Südosteuropa – »legal«, wenn sie EU-Bürger sind, illegal, wenn sie aus Nicht-EU-Staaten kommen.

Ein Eingeweihter erklärte der Zeitung, daß ganze Familien hier in Deutschland ihren Winterurlaub verbringen, um im Frühjahr wieder in ihre Heimat zurückzukehren.

Für saubere Unterkunft, Verpflegung und medizinische Betreuung kommt die Stadt Köln auf. Kein Kölner Bürger kennt die Gesamtkosten dieser Gästebetreuung. Die Eingereisten stellen auch keine Asylanträge, da sie ja nur über die kalten Wintermonate bleiben wollen. Nicht überraschende Nebenwirkung: Einige dieser »Gäste« nutzen die Gelegenheit, in der Weihnachts- und Karnevalszeit »kleinere« Straftaten zu begehen.

Es gibt aber auch eine »gute« Nachricht: Die Flüchtlingsunterkünfte in Köln sind mit etwa 11.000 Menschen wieder voll belegt, nachdem die Frau Oberbürgermeisterin *Henriette Reker* vergeblich um mehr »Bootsflüchtlinge« durch den Einsatz der Schlepperschiffe auf dem Mittelmeer gebeten hatte.

Sie kann zufrieden sein – ich nicht!

Ihre Sabine Möller

Das Ziel: Gläserne Bürger

»Wenn Ihr Eure Augen nicht gebraucht, um zu sehen, werdet Ihr sie brauchen, um zu weinen.«

An dieses angeblich von *Jean-Paul Sartre* stammende Zitat muß man denken, wenn man täglich erlebt, was die Deutschen alles klaglos hinnehmen.

»Die Bargeldabschaffung wird ohne viel Aufhebens weiter vorbereitet!

So wird Schritt für Schritt der Bargeldverkehr erschwert und mit Gebühren belegt. Bereits im vergangenen Jahr begannen Banken damit, die kostenlose Bargeldabhebung abzuschaffen. Sie erhoben Gebühren für das Geldabheben am Automaten.

Die comdirect bank und die ING-DiBa haben einen Mindestabhebebetrag von 50 Euro eingeführt. Bei der comdirect bank müssen für Geldabhebungen am Schalter 9,90 Euro hingebället werden.

Auch andere Banken verlangen Abhebegebühren. So berechnen einige Sparkassen jetzt 40 oder 60 Cent für Auszahlungen. Lediglich zwei Auszahlungen pro Monat sollen zunächst noch kostenlos sein.

Verbraucherschützer warnen jetzt davor, daß bald noch mehr Banken nachziehen und Abhebegebühren für Bargeld einführen könnten. Neben den höheren Kontoführungskosten dürfen Bürger dann auch noch Gebühren für Bargeld hinlegen. Dazu kommen die Niedrig- oder gar Minuszinsen, die in Verbindung mit der jährlichen Inflationsrate das Gesparte dahinschmelzen lassen.

Die Banken begründen die Gebühren mit hohen Wartungskosten der Automaten und Transportkosten des Bargelds. Deswegen sollen »Bargeldverbraucher« stärker zur Kasse gebeten werden.

Die Banken wollen erreichen, daß die Kunden per Karte oder App bezahlen und gar kein Bargeld mehr benutzen.

Trotz aller Neueinführungen und Erleichterungen für das bargeldlose Zahlen ist Bargeld nach wie vor sehr beliebt. Laut Umfragen der Bundesbank werden drei von vier Zahlungen an der Ladenkasse lieber in bar bezahlt.

Kritiker warnen massiv vor der Bargeldabschaffung. Denn Bargeld gilt noch immer als »gedruckte Freiheit«. Ohne Bargeld ist jeder Bürger gläsern. Es gibt keine Privatsphäre mehr – jeder Schritt ist nachvollziehbar und damit kontrollierbar.

Ohne Bargeld ist zudem jeder erpreßbar. In einer Welt ohne Bargeld kann jeder, der sich nicht systemkonform verhält, sofort von seinem Geld auf der Bank abgeschnitten werden, indem der Zugang zum Konto gesperrt wird. Damit wären die Bürger dem Staat vollends ausgeliefert. Deshalb muß die Bargeldabschaffung bekämpft werden!«

Inter-Info, Linz, Februar 2019

ZUM NACHDENKEN:

»Ich schätze, daß 90 Prozent aller Bundestagsabgeordneten überhaupt nicht wissen, was finanzpolitisch derzeit in Europa passiert.«

Dirk Roßmann,
Familienunternehmer mit
3.930 Drogeriemärkten
und 56.000 Angestellten, in
WirtschaftsWoche, 1.2.2018

Wie Bargeld-Besitzer geschröpft werden sollen:

Wird Bargeld eine minderwertige Parallelwährung?

Die Welt ist voll von Verschwörungstheorien, »Fake News« und allen möglichen Hirngespinnsten von Schwarzsehern, an die man denken muß, wenn jemand einem folgende Geschichte erzählt:

»Herr Unbedarfte steht an der Ladenkasse im Supermarkt, die Kassiererin scannt die Lebensmittel ein, die er auf das Band gepackt hat und sagt: 19 Euro, 37 Cent. Er greift in die Tasche, sie fragt: „Karte, App oder Handy?“ „Nein, ich zahle in bar“ sagt er. Die Kassiererin: „Dann sind es fünf Prozent mehr, also 20 Euro, 34 Cent!“«

Was irre klingt, soll nach Plänen, die in Kreisen des *Internationalen Währungsfonds (IWF)* und der *Europäischen Zentralbank (EZB)* ausgebrütet werden, Wirklichkeit werden.

Sicher ist eins: Die nächste Wirtschaftskrise kommt bestimmt. Und die Zeichen stehen weltweit auf Sturm, nicht nur bei der Autoindustrie. Handelskriege, Sonderzölle, Rückgang der Auftrags-eingänge überall.

Die Notenbanken versuchen gegenzusteuern, indem sie Abermilliarden per Buchgeld oder Druckerpresse auf den Markt werfen, die Schuldenmacherei der Staaten anheizen und von den Geschäftsbanken sogar Minuszinsen kassieren, wenn diese das Geld nicht »verbraten«, sondern dort hinterlegen.

Der Wirtschaftswissenschaftler und langjährige Präsident des Münchner *ifo Instituts*, *Hans-Werner Sinn*, behauptet, die Niedrigzinspolitik der *EZB* habe allein den deutschen Steuerzahler bereits 700 Milliarden Euro gekostet. Das seien jedoch



»Peanuts« im Vergleich zu dem, was uns in Zukunft erwarten wird. »Jetzt geht es offensichtlich bald ans Eingemachte – unser Bargeld und unsere Ersparnisse«, schreiben die deutschen Ökonomen *Marc Friedrich* und *Matthias Weik* auf *FOCUS online*.

Um die Wirtschaft zu retten, müßte man die Konten der Sparer mit drastischen Negativzinsen belegen. Da das Geld auf dem Konto dann aber zusätzlich zum Inflationsverlust noch mehr an Wert verliert, würde sich die Flucht ins Bargeld beschleunigen.

Nur auf das Ersparnis auf dem Konto haben der Staat und die Banken Zugriff und damit die Möglichkeit zur totalen Überwachung – China läßt grüßen! Nicht ohne Grund versuchen sie also seit Jahren, das Bargeld langsam aber sicher abzuschaffen. Weil sie fürchten, das nicht schnell genug zu schaffen, soll jetzt eine Währungsreform her:

Bargeld soll abgewertet werden!

Um einem Wirtschaftsabschwung zu begegnen, müßte der Leitzins um drei bis sechs Prozent gesenkt werden, was aber kaum möglich sei. Wenn das Geld auf dem Konto durch drastische Mi-

nuszinsen, höhere Gebühren und Besteuerung immer weniger wert wird, müßte auch das Ersparnis unter dem Kopfkissen abgewertet werden, etwa um fünf Prozent. Der Vorschlag von *IWF*- und *EZB*-Fachleuten lautet also: Man könne die Geldmenge in zwei Parallelwährungen unterteilen und einen Umtauschkurs zwischen der einen Währung (Geld auf den Konten) und der anderen (Bargeld) festlegen. So könne man dann auch die Bargeldbesitzer mit Negativzinsen belasten, indem ihr Bargeld immer weniger wert würde.

»Dieser Umtauschkurs kann dann mit der Zeit verändert werden, damit das Halten von Bargeld jederzeit so attraktiv ist wie Einzahlungen bei der Bank. Bei einem Negativzins von minus fünf Prozent zum Beispiel würde dann Bargeld pro Jahr um eben jene fünf Prozent gegenüber den Einlagen abgewertet. Beide Parallelwährungen verlören also gleich viel an Wert.« (welt.de, 11.2.2019).

Hans-Werner Sinn faßt seine Folgerungen zu diesen Plänen in einem Satz zusammen:

»Dann wäre es für Deutschland Zeit, den Euro aufzugeben.«

FRONTALANGRIFF AUF IHRE NOTGROSCHEN!

Die Fünf-Billionen-Euro-Kanzlerin



»Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.«

Foto: Fraktion DIE LINKE im Bundestag / flickr / CC BY 2.0 (bearbeitet)

Die volkswirtschaftliche Bilanz von Kanzlerin *Merkel* ist verheerend. Hinzu kommen ihre an Gesetz und Parlament vorbei betriebene Migrationspolitik, die die Nation noch lange spalten wird, sowie eine immer tiefere Isolation Deutschlands in der europäischen Staatengemeinschaft.

Daniel Stelter, ehemaliges Mitglied im Exekutiv-Ausschuß der *Boston Consulting Group*, eine der weltweit größten Unternehmensberatungen, schreibt in seinem 2018 erschienenen Buch »Das Märchen vom reichen Land«, daß in *Merkels* Amtszeit bis zu fünf Billionen Euro (1 Billion = 1.000 Milliarden oder eine Million Millionen) an deutschen »Wohlstandsgeldern« verbrannt wurden.

Die Abschlußrechnung von *Merkels* Kanzlerschaft sei »in Tausenden Milliarden Euro zu taxieren«, so sein Befund.

Seine Prognose: Die politische Mißwirtschaft der ohne jeden Reformeifer von *Merkel* geführten Bundesregierungen wird sich schon bald rächen. Verteilungskonflikte werden sich verschärfen, Sozialleistungen müssen drastisch gekürzt werden. Und das in einer Zeit, in der die geburtenstärksten Jahrgänge kurz vor der Rente stehen!

Wirtschaftsexperten schätzen die volkswirtschaftliche Erblast

auf 3,7 bis 4,7 Billionen Euro, die langfristigen Kosten dürften noch weit höher liegen. Hinzu kommen die Lasten, die sich aus der Alterung der Gesellschaft ergeben und für die weder eine CDU- noch eine SPD-geführte Bundesregierung vorgesorgt hat.

Die Bilanz von 13 Jahren Merkel:

Der Zinsverlust für die deutschen Sparer durch die diversen Griechenland-Rettungspakete ist mit über 250 Milliarden Euro zu veranschlagen.

Rund eine Billion Euro verbucht die Bundesbank derzeit als Dispo, vor allem, um südeuropäische Pleite-Banken vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Die »Energie-Wende« schlägt mit bis zu 1,5 Billionen Euro, verteilt über vier Jahrzehnte, zu Buche. Der Bundesrechnungshof bemängelte bereits die unzureichende »Transparenz über Ausgaben und Kosten für die Energiewende« und stellte fest »daß die Ziele der Energiewende voraussichtlich und zum Teil deutlich verfehlt werden.«

Bis Ende des Jahrzehnts summieren sich allein die Investitionen für die Übertragungsnetze der Windenergie auf bis zu 40 Milliarden Euro, schätzt *Matthias Kurth*, Präsident der Bundesnetzagentur. Die Rechnung könnte

sich vervielfachen, wenn Anwohner Erdkabel anstelle von Freileitungen durchklagen.

Milliardenkosten drohen den Steuerzahlern auch beim Atom-Ausstieg. *Claudia Kemfert*, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, wirft der Bundesregierung vor, daß sie die Kosten für den Atom-Ausstieg mit allen Folgekosten schön gerechnet habe. Bis zum Ende des Jahrhunderts dürften sich die tatsächlichen Kosten auf geschätzte 169 Milliarden Euro addieren. Parallel dazu hat das Bundesverfassungsgericht den Stromkonzernen Schadensersatz in Milliardenhöhe wegen entgangener Gewinne zugesprochen.

Investitionen in die Zukunft (Glasfaserausbau, Infrastruktur, Bundeswehr) wurden von der Bundesregierung zurückgefahren. »Der unmittelbare Schaden des Sparens am falschen Ende liegt bei mindestens 250 Milliarden«, so *Daniel Stelter* – und mit jeder weiteren verzögerten Investition steigen die Kosten.

Die Kosten für zukünftige Generationen werden in keinem Bundeshaushalt eingerechnet. Diese betragen je nach Schätzung mindestens 100 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen). Ein Drittel davon dürfte der Regierung *Merkel* zu verdanken sein: etwa eine Billion Euro.

Die »Flüchtlings«-Kosten schätzt der renommierte Finanzwissenschaftler *Prof. Bernd Raffelhüschen* auf 450.000 Euro pro »Flüchtling« und addiert die Gesamtkosten der Zuwanderung auf 900 Milliarden Euro.

Hans-Werner Sinn, der frühere Präsident des *ifo Instituts*, geht sogar von über einer Billion Euro aus.

Die Armut in Deutschland greift um sich



Foto: Finn Schäfer / CC-BY-NC-SA 3.0 (Ausschnitt)

Die »Schlüssel-und-Eisen«-Siedlung in Gladbeck wurde 1913 ins Leben gerufen. Sie bot Bergarbeiterfamilien der Zeche Zweckel eine Bleibe. Es entstand ein Ensemble mit 29 Häusern, die im dörflichem Charakter im Rechteck ausgebaut wurden. 2013 zogen die letzten Mieter aus. Mangels Geld wurde diese historische Siedlung dem Verfall preisgegeben. Jahrelang glich diese Siedlung im Ruhrgebiet einer Geisterstadt, bis im Februar die Abrißarbeiten begannen.

- ➔ ***In Berlin müssen obdachlose Familien in Notunterkünften abgewiesen werden.***
- ➔ ***Wir Deutsche sind laut Credit Suisse die Armen im Euro-Raum.***
- ➔ ***Jeder sechste Haushalt zahlt mehr als 40 Prozent des Nettoeinkommens allein für die Kaltmiete.***
- ➔ ***Deutsche zahlen mehr für Strom als alle anderen in der EU.***
- ➔ ***Schätzungsweise 860.000 Menschen in Deutschland haben keine Wohnung.***
- ➔ ***Jedes dritte Kind im Ruhrgebiet und in Berlin lebt in Armut.***
- ➔ ***Im Jahr 2018 waren rund 6,93 Millionen Privatpersonen über 18 Jahre in Deutschland überschuldet.***

Wie Euro und EZB Deutschland ruinieren

Wir brauchen eine neue Politik, die unsere Einkommen stärkt und unsere Ersparnisse sichert. Allerdings ist das Gegenteil der Fall. Wer genauer hinschaut, wird erkennen, daß auch der Euro Deutschland schwächt und nicht stärkt!

In Anbetracht von Handelsüberschüssen und der falschen Annahme, daß wir Deutschen Nutznießer des Euro seien nehmen die Forderungen nach einer finanziellen Umverteilung innerhalb der Eurozone zu.

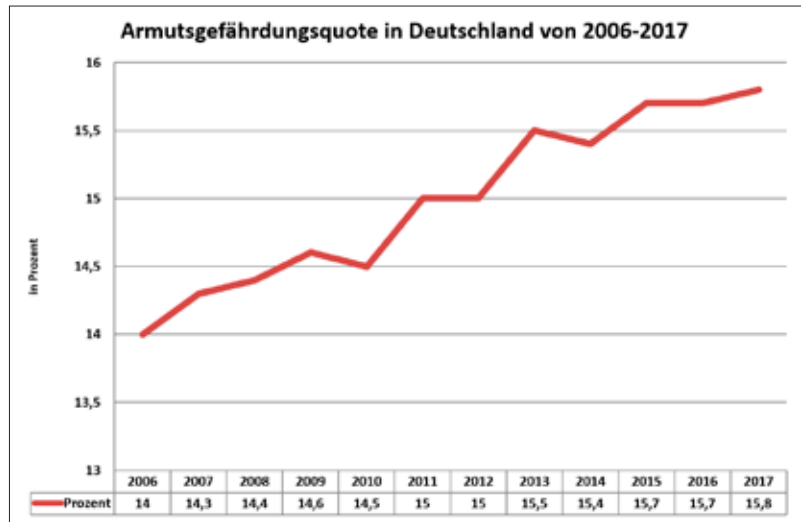
Es genügt nicht, daß wir den anderen Ländern bereits zins- und tilgungsfreien Kredit auf Kosten der Steuerzahler geben, denn wenn der Euro zerfällt, sind diese Kreditforderungen wertlos. Wahrscheinlich sind sie es jetzt schon, denn eine vollständige Rückzahlung scheint unwahrscheinlich.

Für die Zukunft ist geplant, daß die EU direkt Steuern in den Mitgliedsstaaten erhebt. Somit sollen auch die deutschen Steuerzahler künftig direkt an die EU Steuern bezahlen und das, obwohl die deutschen Privathaushalte zu den Ärmsten in der EU gehören.

Deutlich ist auch schon jetzt, daß die Produktionszuwächse in Deutschland seit der Einführung des Euro unter denen der Zeit davor liegen.

Der Euro ist ein Subventionsprogramm geworden, für das die deutschen Steuerzahler aufkommen.

Unter »pro-europäisch« verstehen die Herrschenden offensichtlich vor allem die Umverteilung von deutschen Steuergeldern ins Ausland. Die EU läßt sich so nicht retten, es wird lediglich Zeit gekauft, um den Zusammenbruch herauszuschieben.



Vom Untergang und von verzweifelten Menschen

Vordergründig steht Deutschland wirtschaftlich gut da. Ein Blick hinter die Kulissen und wir erkennen schnell das Gegenteil.

Wir überschätzen die Sicherheit unseres Arbeitsplatzes sowie die reale Kaufkraft unseres Einkommens. Ebenso überschätzen wir die Reserven fürs Alter.

Wir sind von der irrigen Vorstellung beseelt reich zu sein, aber wir sind es nicht. Wir leben als Land von der Hand in den Mund.

Es droht eine massive Altersarmut! Bedingt durch die demographische Entwicklung wird unsere Wirtschaftskraft in den nächsten Jahren sinken. Einerseits werden die Belastungen durch die alternde Gesellschaft steigen, andererseits werden durch die Art der Zuwanderung, wie sie zur Zeit betrieben wird, die Belastungen zusätzlich erhöht.

Die ersten Anzeichen für einen wirtschaftlichen Untergang sind deutlich sichtbar, daran können auch geschönte Statistiken nichts ändern. Es droht uns ein Alptraumszenario!

In Berlin müssen obdachlose Familien in Notunterkünften abgewiesen werden

Die Wohnungsnot hat dramatische Folgen, selbst Familien mit Säuglingen verlieren ihre Wohnungen. Das Berliner Hilfesystem ist überlastet, die Helfer in den Notunterkünften sind gezwungen, wöchentlich vier bis fünf Familien abzuweisen. »Solche Ausmaße gab es früher nicht in Berlin«, so Tanja Schmidt, stellvertretende Lei-

terin von »strassenfeger e.V.«. Etwa 22 Prozent aller Obdachlosen in Berlin seien Familien, das sind 6.600 Menschen ohne festen Wohnsitz. Verzweifelte Jugendamtsmitarbeiter würden sie anrufen, ob sie noch Familien unterbringen könnten. »Dabei sollte es eigentlich andersrum laufen: Wir sind die Erstaufnahme und vermitteln dann«, so Schmidt. Bislang existieren nur 30 Notunterkünfte in Berlin für Familien. Weitere sind gefordert, eine Umsetzung dieser Forderung konnte nicht ermittelt werden.

Jedes dritte Kind im Ruhrgebiet und Berlin lebt in Armut

Statistisch gesehen lebt ein Kind in Armut, wenn das Gesamt-Netto-Einkommen der Familie weniger als die Hälfte des mittleren Haushaltseinkommens beträgt, das wäre bei einer vierköpfigen Familie weniger als 1.800 Euro. Im Ruhrgebiet trifft dies auf 35 Prozent aller Kinder zu, in Berlin auf 30 Prozent und in Leipzig auf 25 Prozent.

»Es mangelt nicht an Geld, sondern an der Verteilung. [...] Da wird ein Zukunftsbild von sozialer Abhängigkeit statt sozialer Selbständigkeit vermittelt«, so der Soziologe *Hans Bertram*. Für Kinder aus sozialschwachen Familien bedeutet dies häufig: weniger Spielzeug, keine Klassenfahrten und der nächste Familienurlaub muß wieder einmal verschoben werden.

Logisch, daß dies zur Folge haben wird, daß diese Kinder ohne staatliche Unterstützung, auch im späteren Alter, nur schwer der Armutsfalle entkommen werden.

»Altersüberschuldung« steigt um 35 Prozent

Auch die Altersüberschuldung hat an Bedeutung gewonnen. 2018 wurden rund 263.000 Menschen in Deutschland über 70 Jahre als überschuldet eingestuft. Das war ein Plus von 69.000 bzw. 35 Prozent.

Im Jahr 2018 waren rund 6,93 Millionen Privatpersonen in Deutschland überschuldet

Die Daten des neuen »SchuldnerAtlas-Deutschland 2018«, herausgegeben von der Wirtschaftsankunft *Creditreform* belegen, daß die Überschuldungslage privater Verbraucher in Deutschland trotz weiterhin angeblich stabiler Konjunktur angespannt bleibt.

Zum fünften Mal in Folge ist die Zahl überschuldeter Verbraucher angestiegen. Im Jahr 2018 stieg diese Zahl auf rund 6,93 Millionen Überschuldungsfälle an und somit liegt die Überschuldungs-

quote bei über zehn Prozent. Bei der *Creditreform* geht man angesichts der Rahmenbedingungen für die nächsten Monate nicht davon aus, daß die Überschuldungszahlen in Deutschland sinken werden.

Besonders hoch war die Zahl der überschuldeten Privatpersonen im Jahr 2018 in Bremerhaven mit 21,22 Prozent, gefolgt von Wuppertal mit 18,42 Prozent.

Deutschland ist so einkommensungleich wie 1913

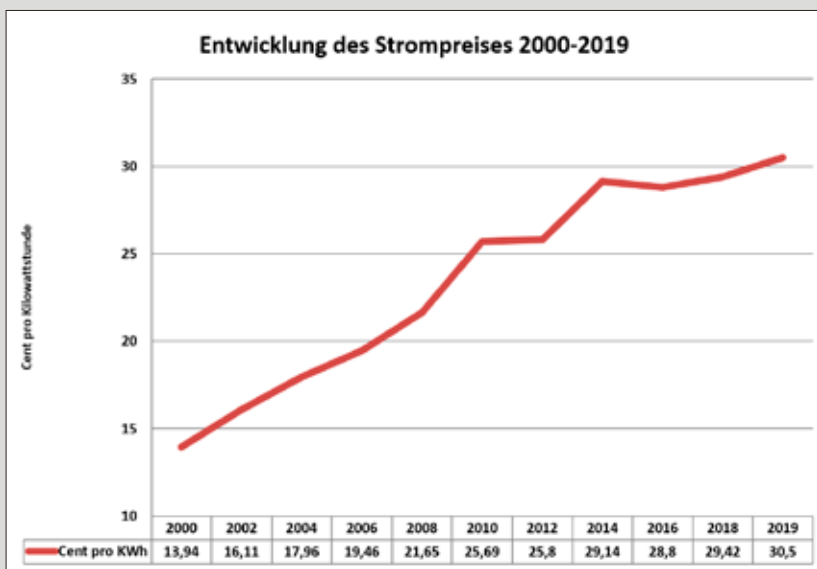
Der erste »Weltreport über Ungleichheit« einer Forschergruppe um den französischen Wirtschaftswissenschaftler *Thomas Piketty* ist erschienen. Er attestiert Deutschland so viel Einkommensungleichheit wie zuletzt 1913. Vor über 100 Jahren entfielen auf die obersten zehn Prozent der Haushalte 40 Prozent aller Einkommen. Aktuell vereinnahmen die Bestverdiener inzwischen wieder einen genauso hohen Anteil vom Kuchen wie 1913, also ist Deutschland heute so ungleich wie vor 100 Jahren!

Deutsche zahlen mehr für Strom als andere in der EU

Die Energiewende kommt die Deutschen teuer zu stehen. Sie zahlen viel mehr für Strom als andere EU-Bürger.

Der größte Preistreiber ist dabei der Staat: 25 Milliarden Euro für das planwirtschaftliche Erneuerbare-Energien-Gesetz und zehn Milliarden für Steuern und Abgaben sind zusammen mittlerweile für mehr als 50 Prozent des Strompreises verantwortlich.

Der Branchenverband der Energie- und Wasserwirtschaft fordert deshalb von Bundesfinanzminister *Olaf Scholz* (SPD) eine



Entlastung der Haushalte bei der Stromsteuer. *Stefan Kapferer*, Hauptgeschäftsführer des Branchenverbands der Energie- und Wasserwirtschaft, hält eine

Reduzierung des Steuersatzes von derzeit 2,05 Cent pro Kilowattstunde auf das europarechtlich mögliche Minimum von 0,1 Cent für notwendig.

Wir Deutschen sind laut Credit Suisse die Armen im Euroraum

Wir dürfen nicht unser Einkommen und unser Vermögen verwechseln. Unser Einkommen ist recht hoch – unser Vermögen sehr gering. Das Nettovermögen (Vermögenswerte wie Immobilien und Sparrücklagen) der deutschen Haushalte ist nach Daten der schweizerischen Bank *Credit Suisse* niedriger als in jedem anderen Land Europas. In den alten Ländern der EU liegt lediglich Portugal hinter Deutschland. Nur die Bevölkerung in einigen Ländern des ehemaligen Ostblocks ist noch ärmer.

Zum Vergleich einige Vermögenswerte (pro Kopf) für Europa im Jahre 2017 in US-Dollar:

Island:	444.999
Schweiz:	229.059
Luxemburg:	167.664
Belgien:	161.589
Norwegen:	130.543
Italien:	124.636
Frankreich:	119.720
Großbritannien:	102.641
Niederlande:	94.373
Dänemark:	87.231
Irland:	84.592
Malta:	67.980
Spanien:	63.369
Finnland:	57.850
Österreich:	57.534
Griechenland:	54.665
Deutschland:	47.091

Die Studie ist auch deshalb brisant, weil Deutschland Krisenstaaten wie Griechenland mit Milliardenkrediten vor der Pleite gerettet hat – mit den Geldern deutscher Steuerzahler.

verteilt/überreicht von:

»Laut IWF sieht es für Deutschland nicht gut aus. Eigentlich müßte der Staat ausweisen, was er an Versprechen für die Zukunft abgegeben hat. Er müßte dann Rückstellungen bilden für Renten-, Pensions- oder Gesundheitsleistungen einer alternden Gesellschaft. Und wenn wir uns das im Detail anschauen, stellen wir fest, daß dort noch erhebliche Lasten und Schulden stecken, für die nicht vorgesorgt wurde. Wir sind nicht so reich, wie wir denken und die Politiker gerne behaupten, wenn sie irgendwelche neue Ausgabenprogramme beschließen.«

Dr. Daniel Stelter, 20.2.2019

Stelter ist Makroökonom und Strategieberater sowie Autor mehrerer Sachbücher, unter anderem: »Das Märchen vom reichen Land« (2018), aktuell auf der Bestsellerliste für Wirtschaftsbücher

Schätzungsweise 860.000 Menschen in Deutschland haben keine Wohnung

Die Schätzungen der verschiedenen Hilfsorganisationen über die Anzahl der Obdachlosen gehen weit auseinander, eine genaue Statistik gibt es nicht. Die BAG Wohnungslosenhilfe (BAG W) geht in ihren Auswertungen davon aus, daß im Jahr 2016 ca. 860.000 Menschen in Deutschland ohne Wohnung waren.

Für 2019 prognostiziert sie einen Zuwachs auf dann ca. 1,2 Millionen wohnungslose Menschen. Das wäre eine Steigerung um ca. 40 Prozent.

Jeder sechste Haushalt zahlt mehr als 40 Prozent des Nettoeinkommens allein für die Kaltmiete

Vier von zehn Haushalten in Deutschland müssen mehr als 30 Prozent ihres Einkommens für die Miete ausgeben. Jeder sechste Haushalt zahlt sogar mehr als 40 Prozent des Nettoeinkommens

für die Bruttokaltmiete. Im internationalen Vergleich ist die Mietbelastung in Deutschland damit sehr hoch.

Die sogenannte »Mietpreisbremse« gilt in vielen Gegenden als gescheitert, da die Mietpreise wegen juristischer Schlupflöcher und Ausnahmeregelungen weiter steigen.

»Niemanden wird etwas weggenommen«?

Dieser Staat scheint ein »Welt-Selbstbedienungsladen« geworden zu sein. Statt sich um die Schwachen, Alten, Bedürftigen und Kinder zu kümmern, werden Milliarden an Steuergeldern für alle Welt ausgegeben. Das Wort »Fürsorge« scheint nur noch eine Floskel zu sein. Politiker werfen mit unserem Steuergeld regelrecht um sich und wundern sich, wenn dann kein Geld mehr für die wirklich Bedürftigen zur Verfügung steht.

Oder, mit den Worten des langjährigen Unions-Fraktionschefs *Volker Kauder* ausgedrückt: **»Niemanden wird etwas weggenommen [...] Nirgendwo ist gekürzt worden.«**

Wir haben`s ja!

»Peanuts«: Ein paar Milliönchen hier, ein paar Milliarden dort

Jeder von uns macht dann und wann einen Fehlkauf. Das ist ärgerlich, hoffentlich nicht allzu teuer und vor allem: Wir haben damit unser eigenes Geld verschwendet.

Die öffentliche Hand verschwendet allerdings unser aller Steuergeld. Gelder, die fast schon nach mittelalterlicher Manier zwangsweise in jeder Lebenslage aus uns herausgepreßt werden (vgl. die Steuerspirale in UN 10/2014). Bis zum 18. Juli mußten wir im letzten Jahr arbeiten, alleine um unsere Steuer- und Abgabenlast zu bestreiten (»Steuerzahler-Gedenktag«). 1998 fiel dieser Tag noch auf den 3. Juni.

Bundesregierung: Über 700 Millionen für Beratungs- unternehmen

Frage an die Bundesregierung: »Wie viele Verträge mit welchem Auftragsvolumen hat die Bundesregierung seit dem 1. Januar 2014 mit externen Dritten für Beratungs- und Unterstützungsleistungen geschlossen [...]?«

Antwort der Bundesregierung: »Im für die Beantwortung zur Verfügung stehenden Zeitrahmen konnten durch die Ressorts 3.804 Verträge mit einem Auftragsvolumen in Höhe von insgesamt 716.395.000 Euro erhoben werden, die im nachgefragten Zeitraum mit externen Dritten für Beratungs- und Unterstützungsleistungen abgeschlossen worden sind.«

Bundestags-Drucksache
19/6321 vom 7.12.2018

Teure Alt-Bundespräsidenten

Ehemalige Bundespräsidenten erhalten nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt das gleiche Gehalt wie der Amtsinhaber als »Ehrensold« – lebenslang. Derzeit sind das rund 250.000 Euro pro Jahr für Büro, Personal, Reisen und Dienstwagen.

2017 kosteten diese Privilegien den Steuerzahler mehr als 1,1 Millionen Euro, hinzu kommen Steuergelder für den Personenschutz, die beim Bundeskriminalamt verbucht werden.



Steuerzahler zahlen die Gewinne aus griechischen Staatsanleihen

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat zwischen 2010 und 2012 massenhaft griechische Staatsanleihen aufgekauft und damit Gewinne erwirtschaftet, die vereinbarungsgemäß an Griechenland ausgezahlt werden sollten. Die EZB darf diese jedoch nicht auszahlen, da sie sonst gegen ihr Mandat verstoßen würde.

2015 sprangen die Euro-Staaten ein und zahlen seitdem diese Beträge aus den jeweiligen Staatshaushalten, erst an den ESM, von dort weiter nach Griechenland.

Das Bundesfinanzministerium hat nun aktuelle Schätzungen für die Zahlungen von 2019 bis 2022 vorgelegt – insgesamt 841 Millionen Euro Steuergeld aus dem Bundeshaushalt.

Millionen für »Flüchtlings«-Bürgen

Im Kollektivrausch des Willkommenswahns übernahmen tausende verklarte Deutsche und ausländische Mitbürger Bürgschaften für die Kosten, für Wohnung und Unterhalt der »Neuhinzugekommenen« (vgl. UN 9/2018). Dafür wurden sie im letzten Jahr von der Bundesagentur für Arbeit zur Kasse gebeten, die 2.500 Bescheide über insgesamt rund 21 Millionen Euro verschickt haben soll.

Da die »Bürgen« plötzlich nicht mehr bürgen können oder wollen, übernehmen nun der Bund und einige Länder die Hälfte der Bürgschaften.

Milliardengrab Bundeswehr

Das neues Luftabwehrsystem für die Bundeswehr wird einem Bericht des *Handelsblatt* zufolge erheblich teurer. Die geschätzten Gesamtkosten für die Entwicklung steigen demnach von 972 Millionen auf 3,3 Milliarden Euro. Für diese Summe erhalte die Bundeswehr aber noch kein einziges System, da dies lediglich Entwicklungskosten seien. Die Kosten für die Anschaffung belaufe sich dem Bericht zufolge auf mindestens weitere vier Milliarden Euro.

VERSCHWENDET, VERGEUDET, VERPULVERT

»Diät« bedeutet nicht »abnehmen«!



Foto: Deutscher Bundestag / Achim Welke

Monatlich über 10.000 Euro

Als Bundestagsabgeordneter muß man sich um eine Steigerung seiner Bezüge keine Gedanken machen. Seit 2016 sind die Aufwandsentschädigungen (»Diäten«) an das vom Statistischen Bundesamt errechnete Durchschnittseinkommen gekoppelt.

Jährlich im Februar werden die vorhergehenden zwölf Monate mit den davor liegenden zwölf Monaten verglichen und die ent-

sprechende Quote wird ab dem kommenden Juli auf die Diäten angerechnet.

Die Steigerungsrate liegt aktuell bei fast drei Prozent. Damit werden die jetzigen Bezüge von fast 9.800 Euro auf deutlich über 10.000 Euro pro Monat steigen. Gleichzeitig steigt auch der Pensionsanspruch auf über 250 Euro pro absolviertem Mandatsjahr.

Zwar sind die Diäten steuerpflichtig, Beiträge zur Renten- oder Arbeitslosenversicherung zahlen die Abgeordneten jedoch nicht.

Zusätzlich erhalten sie eine steuerfreie Pauschale von derzeit fast 4.350 Euro im Monat für »mandatsbedingte Aufwendungen«, deren Verwendung nicht nachgewiesen werden muß.

Hinzu kommen weitere knapp 21.000 Euro im Monat für die Beschäftigung von Mitarbeitern, eine kostenfreie Bahncard 1. Klasse für die Deutsche Bahn und die Nutzung des Fahrdienstes in Berlin.

Millionen-Zulage für Staatsdiener

Die bereits üppig aus dem Steuersäckel »entlohten« rund 26.000 Beschäftigten der obersten Bundesbehörden erhalten zusätzlich aufgrund ihrer »besonderen Belastungen« eine »Ministerialzulage«. Diese Zulage kostet den Steuerzahler jährlich 44 Millionen Euro

Liebe Leser, ganz privat:

Sprachfürsorge in Absurdistan

Unsere Regierenden kümmern und sorgen sich um das Wohlergehen und um die Rechte aller, nur nicht um uns »kleine Leute«.

Darüber muß man fast täglich den Kopf schütteln, wenn man die Meldungen und Berichte der Medien verfolgt. Hier ein Beispiel:

»Kriminelle jammern über Haftbedingungen«

In der JVA Leinestraße in Leipzig sitzen 472 Männer, fast jeder zweite hat Migrationshintergrund. 48 von ihnen haben nun einen neunseitigen Beschwerdebrief an das Justizministerium geschickt: Die Häftlinge beschwerten sich über fehlende Dolmetscher, über Willkür, Dreck und schlechte ärztliche Betreuung.

Höhepunkt der Klagen: Geschirr, das von Gefangenen aus den Zellenfenstern geworfen wurde, soll später eingesammelt und wiederverwendet worden sein. Das sei »unhygienisch und unmenschlich«.

In Sachen Dolmetscher hat das Justizministerium fügsam Abhilfe versprochen. Da es nur zwei Arabisch-Dolmetscher in der JVA gäbe, aber keinen für Osteuropäer, soll jetzt ein Video-Dolmetscherdienst finanziert werden.

Nordrhein-Westfalen ist da schon weiter: In NRW sitzen aktuell 5.683 Ausländer aus mehr als 110 Staaten in Haft, 36,7 Prozent aller Gefangenen. Das Video-Dolmetschen wurde schon in einem »Pilot-Projekt« erprobt und soll jetzt landesweit finanziert werden.

Wir wüßten eine preiswertere Lösung: Mit den Herkunftsstaaten Abkommen schließen, sie in die dortigen Gefängnisse zu überführen und dafür einen Kostenbeitrag zu leisten. Das käme uns nicht nur billiger, sondern auch den Häftlingen zugute. Diese müßten dann nicht mehr die »unmenschlichen« Bedingungen in deutschen Gefängnissen ertragen.

Ihre UN-Mitarbeiter

Kindergeld ins Ausland: **Millionen oder mehrere Milliarden?**

»Über 400 Millionen Euro Kindergeld-Überweisungen ins Ausland«. So oder ähnlich lauteten die Meldungen, die Mitte Januar von allen möglichen Medien verbreitet wurden. Als Quelle wurde die Statistik der Familienkasse für 2018 angegeben, nach der rund 402 Millionen Euro Kindergeld ins Ausland überwiesen wurden.

Das ist aber nur die halbe Wahrheit!

Da wir daran gewöhnt wurden, nur noch in Milliarden-Beträgen zu denken, liest man schnell über diese Meldung hinweg.

Das Infame an dieser Aussage ist die Tatsache, daß hier nur die Summe genannt wird, die auf ausländische Konten geht – nichts darüber, wieviel Kindergeld gesamt für im Ausland lebende Kinder gezahlt wird.

Wie FOCUS-MONEY am 17.1.2019 schrieb, bekommen rund 500.000 hier lebende Personen mit türkischem Paß, deren Kinder in ihrer Heimat leben, Kindergeld.



Diese lassen sich das Geld auf deutsche Konten überweisen und tauchen dementsprechend nicht in dieser Statistik auf.

Das hierzulande ausgezahlte Kindergeld liegt aktuell bei 194 Euro pro Monat. Damit summieren sich die Überweisungen allein für diese Personengruppe auf einen Gesamtbetrag von über 1,16 Milliarden Euro pro Jahr! Und das auch nur, wenn jeweils für nur ein Kind Kindergeld beantragt wurde.

Es wäre doch interessant zu erfahren, wie hoch die Zahlungen an Kindergeld für im Ausland lebende Kinder insgesamt sind, egal auf welches Konto.

Sie erhalten nur ein UN-Heft? Und was weiß Ihr Nachbar? Bitte bestellen Sie 3, 5 oder 10 Hefte monatlich!

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: **DE45ZZZ00000086750**; Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt
Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name (Kontoinhaber) _____

Name des Kreditinstituts _____

BIC (SWIFT) _____

IBAN _____

- Dieses Mandat gilt nur für nebenstehende Einzugsermächtigung.
 Für die Vorankündigungen (»Prenotification«) der Lastschriften gilt eine verkürzte Frist von 2 Kalendertagen.

Datum, Unterschrift _____

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., folgende Beträge mittels Lastschrift von meinem Konto einzuziehen:

Betrag: _____ Euro

- einmalig jährlich
 halbjährlich zweimonatlich
 vierteljährlich monatlich

ab (Datum): _____

Datum, Unterschrift _____

Hinweis: Diese Einzugsermächtigung kann nur mit einem gültigen SEPA-Lastschriftmandat ausgeführt werden.

Regierung informiert mit neuem Propagandablatt

In Zügen und auf Flughäfen liegt seit Ende 2018 **SCHWARZROT-GOLD**, das neue Propagandamagazin der Bundesregierung, aus.

In der ersten Ausgabe richtet **Merkel** ihre Worte an die Leser: »Die europäische Einigung ist mit Sicherheit die beste Idee, die wir Europäer je hatten«.

Angesichts der angeblich überall lauerten Falschmeldungen im Internet oder in den sozialen Medien versucht die Bundesregierung mit ihrem Heft offenbar, die Deutungshoheit zurückzuerlangen. Mit der Auslage der kosten-

losen Propaganda will man wohl auch den letzten Michel davon überzeugen, daß die Äußerungen der Kanzlerin die letztgültige und alternativlose Wahrheit darstellen.

In dieser Ausgabe, die sich mit »Europa« beschäftigt, wird erklärt, daß ohne die EU Europa innerhalb kürzester Zeit untergehen und Krieg ausbrechen würde.

Laut Bundesregierung haben wir die »italienische Salami im Supermarkt« nur dem EU-Binnenmarkt zu verdanken. (Wahrscheinlich genauso wie die Billigwaren aus Fernost?!)



Nach Angaben der beauftragten Agentur wurde das Heft »millionenfach« aufgelegt. Eine Anfrage nach den Kosten wurde bislang nicht beantwortet.

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: **UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen**

- Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).
- Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.
- Ich bitte um Zusendung von _____ Ex. der UN-Ausgabe Nr. _____ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).
- Einen Kostenbeitrag in Höhe von _____ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.

Name/Anschrift: _____

Jahrgang: _____ Telefon: _____ (für Rückfragen)

Einwilligungserklärung zur Datenspeicherung und -weitergabe

Die angegebenen personenbezogenen Daten, die allein zum Zwecke der Ausführung der Bestellung notwendig und erforderlich sind, werden auf Grundlage gesetzlicher Berechtigungen erhoben.

Mit meiner Unterschrift bin ich damit einverstanden, daß meine Daten zum Zwecke der Ausführung an Dritte (Versanddienstleister, Post- und Paketdienste) weitergeben werden.

Meine Einwilligung zur Datenspeicherung und -weitergabe kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft abändern oder gänzlich widerrufen.

Datum: _____ Unterschrift: _____

ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten
Postfach 101706
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32
Telefax: 0208 - 84 87 057
E-Post: info@un-nachrichten.de

Bankverbindung:
FK UN e.V.
IBAN: DE75 1001 0010 0636 5391 01
BIC: PBNKDEFF

Internet:
www.un-nachrichten.de
www.fb.com/UN.Nachrichten

Impressum:

Herausgeber: Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

verantw. Schriftleiter: Annette Kruse

Für unverlangt eingesandte Zuschriften wird keine Haftung übernommen!
Kein gewerbliches Unternehmen. Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf. Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto. Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

Alle redaktionellen Texte dieser Ausgabe stehen, soweit nicht anders gekennzeichnet, unter der »Creative-Commons«-Lizenz CC BY-NC 4.0 und dürfen damit weiterverwendet werden.
creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/